

Kein Abzug aus Afghanistan

Denn er wäre der größte außenpolitische Fehler der Neuzeit

Stephen Biddle | **Das Horrorszenario: Die Amerikaner ziehen sich aus Afghanistan zurück, die Regierung unter Karsai wird gestürzt, die Taliban errichten einen Zufluchtsort in Afghanistan, Pakistan kollabiert und seine Atomwaffen fallen in die Hände von Osama Bin Laden. Um all das zu verhindern, muss sich Obama für den riskanten, teuren Krieg entscheiden.**

Seit dem Ende der ersten Kampfphase im Frühjahr 2002 hat die amerikanische Öffentlichkeit vom Krieg in Afghanistan nur wenig bis gar keine Notiz genommen. Doch plötzlich ist der Krieg am Hindukusch wieder in den Fokus der Aufmerksamkeit gerückt, mehr noch: Er könnte das am intensivsten diskutierte und umstrittenste Thema der US-Verteidigungspolitik werden.

Das wird nicht nur in Afghanistan selbst, sondern auch in den USA eine ganze Reihe von Problemen verursachen. Nichtsdestotrotz überwiegt der strategische Nutzen, den Krieg fortzusetzen, den eines Abzugs – allerdings nur ganz knapp. Es steht viel auf dem Spiel für die Vereinigten Staaten, es wird ein sehr kostspieliger Krieg; sein Ausgang ist, wie das bei Kriegen nun einmal so ist, ungewiss. Auch ein Erfolg wird keine „Schweiz am Hindukusch“ hervorbringen, und wie bei der Terrorbekämpfung werden Maßnahmen, die die Lage langfristig stabili-

lisieren können, zunächst einmal mehr Gewalt und höhere Opferzahlen nach sich ziehen.

Ein Scheitern ist jedoch nicht unvermeidbar. Das US-Militär verfügt heute über weitaus umfangreichere Erfahrung in der Aufstandsbekämpfung als die sowjetische Armee, die sich in den achtziger Jahren im Kampf gegen die Mudschaheddin geschlagen geben musste. Präsident Barack Obama hat sich zum Ziel gesetzt, die korrupte Regierung in Kabul zu reformieren, die von der Bush-Regierung weitgehend akzeptiert und toleriert wurde. Am erfolgsversprechendsten ist wahrscheinlich die Tatsache, dass den Vereinigten Staaten mit den Taliban ein Feind gegenübersteht, der im Innern gespalten und keineswegs monolithisch ist.

In der amerikanischen Öffentlichkeit mehren sich die kritischen Stimmen gegenüber dem Krieg, doch bis jetzt ziehen die meisten Wähler eine Truppenaufstockung einem Abzug

vor. Verlagert sich jedoch die öffentliche Aufmerksamkeit vom Irak hin zu Afghanistan, könnte auch die Stimmung in der Bevölkerung kippen. Weil die Beweggründe für eine Fortsetzung des Krieges nur knapp überwiegen, wird es für die US-Regierung schwierig, egal, wofür sie sich entscheidet. Es führt kein einfacher Weg aus Afghanistan hinaus und es gibt für Obama kein wirklich strahlendes Licht am Ende des Tunnels.

Nicht nützen, nicht schaden

Analysieren wir die Lage genau: Was steht in Afghanistan auf dem Spiel? Was wird es kosten, die Ziele zu erreichen? Und wie wahrscheinlich ist ein Erfolg der Mission?

Die USA verfolgen in diesem Krieg zwei grundlegende Interessen: Erstens darf Afghanistan nie wieder ein sicherer Hafen für Terroristen werden, die gegen die USA kämpfen, und zweitens wollen sie verhindern, dass die chaotische Situation in Afghanistan die Stabilität der Nachbarstaaten, insbesondere Pakistans, beeinträchtigt.

Das erste Interesse wird am häufigsten diskutiert – und ist gleichzeitig das schwächste Argument für die Art von Krieg, wie wir ihn derzeit führen. In erster Linie sind die Vereinigten Staaten in Afghanistan einmarschiert, um die Zufluchtsorte zu zerstören, die Al-Kaida dort besaß – ein Eingreifen, das eindeutig durch die Angriffe des 11. Septembers gerechtfertigt war.

Aber schon seit Anfang 2002 verfügt Al-Kaida in Afghanistan über keine Basislager mehr. Nach allem, was wir wissen, befinden sich Osama Bin Laden und der Kern seiner Organisation mittlerweile jenseits der pakistanischen Grenze in so genannten

„Tribal Areas“, also in dezentral verwalteten Stammesgebieten, in denen Islamabad nur noch nominal Regierungsgewalt ausübt. Ohne Zweifel existieren bei den afghanischen Taliban Verbindungen zu und Sympathien für Al-Kaida. Es gibt derzeit jedoch kaum Beweise für eine Al-Kaida-Infrastruktur in Afghanistan, die eine direkte Bedrohung für die USA darstellen würde.

Natürlich könnte Al-Kaida in Afghanistan eine neue Zufluchtsstätte errichten, wenn die afghanische Regierung gestürzt und durch ein Taliban-Regime ersetzt würde, oder wenn die Taliban die politische Kontrolle über einen großen, zusammenhängenden Teil des afghanischen Territoriums erlangten. Aber dieses Risiko ist in Afghanistan

nicht höher als in anderen „schwachen Staaten“ – von Jemen bis Somalia, von Dschi-

buti bis Eritrea, Sudan, Philippinen, Usbekistan oder sogar in Teilen Lateinamerikas oder Südafrikas. Und wenn die amtierenden Regierungen im Irak oder in Pakistan unter Druck zu Fall kämen, könnten natürlich jederzeit Regime an die Macht gelangen, die Al-Kaida unterstützen.

Tatsächlich könnten sogar viele dieser Staaten, besonders der Irak und Pakistan, Al-Kaida einen besseren Zufluchtsort bieten als es in Afghanistan der Fall wäre. Denn diese beiden Staaten sind reicher und verfügen über eine weitaus bessere technologische Infrastruktur als das rückständige Afghanistan. Schließlich ist der Irak ein öltreicher arabischer Staat im Herzen des Mittleren Ostens und Pakistan

sogar Nuklearmacht. Es ist natürlich wichtig, dass Al-Kaida sich nicht wieder in Afghanistan ungestört ausbreiten kann, aber genauso wichtig, wenn nicht sogar wichtiger wäre es, Al-Kaida zu verwehren, sich in anderen Staaten einzunisten. Nur können es sich die USA schlichtweg nicht leisten, Al-Kaida überall auf der Welt in langwierigen Kriegen mit Bodentruppen jegliche Zufluchtsorte zu versperren. Uns würden die Truppen weitaus früher ausgehen als Bin Laden die sicheren Zufluchtsorte.

Das weitaus wichtigere Interesse der Amerikaner ist indirekter Art: zu verhindern, dass das Chaos in Afghanistan zur Destabilisierung Pakistans beiträgt. Mit seinen 173 Millionen Einwohnern (fünffmal so groß wie die

Amerika muss verhindern, dass das Chaos in Afghanistan zur Destabilisierung Pakistans beiträgt

afghanische Bevölkerung), seinem Bruttosozialprodukt von über 160 Milliarden Dollar (das Zehnfache der afghanischen Wirtschaftsleistung) und seinem Atomwaffenarsenal von etwa 20 bis 50 Sprengköpfen ist Pakistan der weitaus brisantere potenzielle Zufluchtsort für Al-Kaida. Hinzu kommt, dass in Pakistan die Wahrscheinlichkeit eines Regierungsumsturzes, der die Schaffung derartiger Zufluchtsorte ermöglichen würde, mittel- und langfristig nicht geringer ist als in Afghanistan. Schon jetzt befindet sich Pakistan im Krieg gegen islamistische Rebellen im eigenen Staatsgebiet, die mit Al-Kaida verbündet sind. Sollte die Regierung in Islamabad stürzen oder gar das ganze System kollabieren, nähme das Risiko rasant zu, dass Al-Kaida Zugang zu Atomwaffen hätte und sie womöglich

auch nutzen würde. Von allen denkbaren Szenarien, wie Al-Kaida in den Besitz von Atomwaffen gelangen könnte, ist ein Umsturz oder ein Zusammenbruch der Regierung in Pakistan das wahrscheinlichste.

Hinzu kommt ein weiterer Aspekt: Die Vereinigten Staaten haben auf den drohenden Zusammenbruch der Staatlichkeit in Pakistan nur äußerst begrenzt Einfluss. Unsere Beziehungen zum pakistanischen Militär und zu den Geheimdiensten sind notorisch angespannt, und unsere Verbindungen zur Regierung nützen wenig, solange Islamabad kaum sein eigenes Territorium kontrollieren kann. Bei den Pakistanis genießen die USA ein zu geringes Ansehen, als dass eine amerikanische Unterstützung bei der Bekämpfung Aufständischer, etwa durch Bodentruppen, denkbar wäre. Mit amerikanischen Luftangriffen könnten wir den Aufständischen und Terroristen in Pakistan zwar einigen Schaden zufügen. Der Schaden jedoch, den wir bei solchen Aktionen der Zivilbevölkerung zufügen würden, zöge solch wütende Reaktionen nach sich, dass wir schon allein dadurch wieder die Stabilität der Regierung ernsthaft gefährden würden.

Bares zu Bedingungen

Derzeit werden amerikanische Gelder, die nach Pakistan fließen, größtenteils zweckentfremdet und nicht dazu eingesetzt, islamistische Aufständische zu bekämpfen. Sie dienen als Bestechungsgelder oder werden dazu missbraucht, ein militärisches Gegengewicht zu Indien zu gewährleisten. Zuweilen unterstützt die Regierung damit sogar jene Islamisten, die sie für nützliche Verbündete gegen

Bild nur in Printausgabe verfügbar

© picture-alliance / dpa

den ewigen Feind Indien hält. Um diesen Zustand zu beenden, sollte die amerikanische Unterstützung für Pakistan an Fortschritte in der Terrorismusbekämpfung geknüpft werden. Dabei sollten wir es vermeiden, unrealistische Forderungen zu stellen; denn wenn die Bedingungen zu hart sind, könnte Pakistan sie ablehnen und uns so jeglicher Möglichkeit der Einflussnahme berauben. Bedingungen, die die pakistanische Regierung zwar akzeptiert, aber nicht ansatzweise erfüllen kann, haben nur das Potenzial die politische Atmosphäre vollends zu vergiften.

Wenn den USA keine Pakistan-Politik gelingt, die das Land stabilisieren und stützen kann, dann sollten wir wenigstens den Hippokratischen Eid leisten: bloß kein Leid zufügen! Denn mit den geringen Einflussmöglichkeiten, die den USA derzeit überhaupt zur Verfügung stehen, können sie es sich nicht leisten, die Situation zu verschlimmern. Und ein Scheitern

in Afghanistan würde die Lage in Pakistan erheblich verschlechtern.

Als transnationale Paschtunen-Bewegung, die auf beiden Seiten der pakistanisch-afghanischen Grenze agiert, sind die Taliban ausgezeichnet mit pakistanischen Aufständischen vernetzt. Sie sind eine permanente Bedrohung für das Regime in Islamabad. Das liegt natürlich auch an den zahlreichen Schwächen dieser Regierung; wenn die Taliban die Herrschaft in Afghanistan zurückgewinnen sollten, könnte dies die säkulare Regierung in Pakistan destabilisieren und das Risiko eines Umsturzes dort erheblich erhöhen.

Experten haben genau analysiert, welche Bedrohungen vom pakistanischen Taliban-Lager für die Stabilität der Regierung in Kabul ausgehen. Doch die Gefahr besteht auch in die umgekehrte Richtung. Das Hauptinteresse der Amerikaner ist daher zu verhindern, dass Afghanistan die innenpolitischen Probleme Pakistans

Antiamerikanische Demonstration in Quetta, Pakistan: Islamabad befindet sich im Krieg gegen islamistische Rebellen, die mit Al-Kaida verbündet sind

verschärft und die Gefahr einer nuklear bewaffneten Zufluchtsstätte für Al-Kaida vergrößert.

Natürlich sind diese Interessen für die USA von entscheidender Bedeutung, rechtfertigen aber keinen unendlich hohen Preis. Denn der Einfluss Afghanistans auf die Zukunft Pakistans ist hoch, aber auch punktuell und indirekt. Mit einem Taliban-Regime in Kabul würde ein Umsturz in Pakistan wahrscheinlicher. Er müsste aber nicht zwangsläufig erfolgen. Auch ein Erfolg in Afghanistan

Mit einem Taliban-Regime in Kabul würde ein Umsturz in Pakistan sehr viel wahrscheinlicher

muss nicht notwendigerweise mit einer positiven Entwicklung in Pakistan einhergehen; es kann

durchaus passieren, dass wir mit unendlichen Mühen und zahlreichen Opfern unter unseren Streitkräften Afghanistan auf einen guten Weg bringen können. Dass aber gleichzeitig Pakistan aufgrund der Fehleinschätzungen seiner Eliten und tiefen innenpolitischen Spaltungen auseinanderbricht.

Was wird es uns kosten, die Taliban zu besiegen? Niemand kann das genau beantworten, denn der Ausgang eines Krieges ist immer ungewiss. Doch Aufstandsbekämpfung (Counterinsurgency/COIN) verursacht hohe Kosten. In diesem Punkt ist die aktuelle US-Militärdoktrin ausgesprochen deutlich.¹ Zur erfolgrei-

chen Bekämpfung von Aufständischen veranschlagt sie ein Aufgebot von einer Sicherheitskraft pro 50 Zivilisten. Auf die Bevölkerung Afghanistans umgerechnet würden 650 000 gut ausgebildete Soldaten und Polizisten benötigt. Selbst wenn man davon ausgeht, dass nur in ungefähr 50 Prozent des afghanischen Territoriums Einsätze gegen Aufständische überhaupt notwendig sind (derzeit im Süden und Osten des Landes), werden immer noch 300 000 Sicherheitskräfte gebraucht.

Idealerweise sollte ein Großteil des Truppenaufgebots aus Afghanen bestehen, doch es ist zweifelhaft, ob sich die afghanische Regierung die erforderliche Truppenstärke jemals leisten können. Wenn aber ein wesentlicher Teil der Gesamttruppenstärke aus amerikanischen oder NATO-Kontingenten stammen würde, triebe das die Kosten erheblich in die Höhe. Hinzu kommt, dass ein solcher Einsatz äußerst langwierig werden könnte: Erfolgreiche Strategien zur Terrorismusbekämpfung benötigen laut Schätzungen durchschnittlich zwischen 10 und 15 Jahren oder länger.² Und zumindest anfangs könnten die Verluste schwerwiegend sein. Untersuchungen des Irak-Einsatzes in 2007 verzeichnen monatlich rund 50 getötete amerikanische Soldaten während aktiver Befriedungsmaßnahmen.³ Mit einer Erfolgsquote der Einsätze zur Bekämpfung von Aufständischen

¹ The U.S. Army-Marine Corps Counterinsurgency Field Manual, University of Chicago Press, 2007, S. 4.

² Seth Jones: Counterinsurgency in Afghanistan, RAND Corporation 2008, S. 10.

³ Die finanziellen Kosten sind hier ebenfalls hoch. Der Congressional Research Service schätzt, dass der Krieg in Afghanistan im Jahr 2008 34 Milliarden Dollar gekostet hat. Weitere Maßnahmen werden zukünftig diese Zahlen in die Höhe treiben. Siehe dazu Amy Belasco: The Cost of Iraq, Afghanistan and other Global War on Terror Operations since 9/11, Congressional Research Service, 15.10.2008.

schen von 25 Prozent sind die Aussichten wenig ermutigend.⁴

Betrachtet man die heutige Situation in Afghanistan, gibt es keinen Anlass, hier größere Hoffnungen zu hegen. Konventionellen Theorien zufolge hängt der Erfolg der Einsätze zur Aufstandsbekämpfung ganz wesentlich von der Legitimität der Regierung ab. Hamid Karsais Regierung aber wird allgemein als korrupt, ungeeignet, ineffizient und instabil beschrieben, ihr Rückhalt in der Bevölkerung ist notorisch fragil. Fortschritte in der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung werden durch Afghanistans ungünstige geografische Lage, durch den Mangel an Infrastruktur und durch Altlasten der Geschichte erschwert. Derweil verfügen die Taliban über grenzübergreifende sichere Zufluchtsorte in den „Tribal Areas“, gegen die Islamabad nicht vorgehen kann oder will. Während die Taliban Bewegungsfreiheit genießen, ihre guten Beziehungen zur Bevölkerung nutzen und mit dem florierenden Drogenhandel über eine gute Einkommensquelle verfügen, nimmt in Afghanistan der Grad an Gewalt zu, während das Gefühl der Sicherheit abnimmt und die Verluste steigen.

Noch schlimmer ist vielleicht die Tatsache, dass wir diese Probleme auf direktem Wege höchstens marginal beeinflussen können. Wir können die Sicherheitslage durch Truppenaufstockung verbessern, Wirtschaftshilfe leisten, Druck auf die Mohnproduzenten ausüben und Karsai drängen, das politische System zu reformieren.

Doch es liegt in den Händen der Afghanen, eine legitime Regierung zu bilden, und nur die Pakistani können die sicheren Häfen in den „Tribal Areas“ schließen. Wir können viel mehr Einfluss auf Afghanistan und Pakistan ausüben, als wir es bisher getan haben, aber wir können keine Reformen garantieren. Bisher scheint kein Verbündeter bereit, das Nötige zu tun.

All das macht ein Scheitern jedoch nicht unvermeidbar. Die bisher überschaubare Erfolgsbilanz der großen Mächte in Sachen Aufstandsbekämpfung geht teilweise auf die inhärente Schwierigkeit solcher Missionen zurück, aber auch auf falsche strategische Entscheidungen.

Wir können aus diesen Erfahrungen lernen und unsere Strategie und Methode anpassen.

In der Tat hat das US-Militär in den vergangenen Jahren viel über Aufstandsbekämpfung gelernt. Die neue Strategie zur Aufstandsbekämpfung von Armee und Marine ist in nahezu beispiellosem Ausmaß ein Produkt interner Diskussionen, externer Überprüfungen, historischer Analysen und Bewertungen vergangener Erfahrungen.

Eigeninteressen oder Gemeinwohl

Die Regierung Obama scheint entschlossen, sich einem der wichtigsten Defizite der afghanischen Politik zuzuwenden. Denn die neue Strategie zur Aufstandsbekämpfung geht von

Nur die Afghanen können eine legitime Regierung bilden und nur die Pakistani die Zufluchtsorte eliminieren

⁴ Siehe dazu Jason Lyall und Isaiah Wilson: *Rage against the Machines: Explaining Outcomes in Counterinsurgency Wars*, International Organization, Winter 2009; Ivan Arreguin-Toft: *How the weak win wars: a theory of asymmetric conflict*, Cambridge University Press 2005.

einer Übereinstimmung der Interessen zwischen den Amerikanern und der Regierung des Konfliktstaats aus; demnach besteht unsere Aufgabe darin, die Regierung zu unterstützen, ihre Interessen zu erkennen und als legitimer Verteidiger des Wohlergehens ihrer Staatsbürger aufzutreten. Wenn es tatsächlich eine solche Übereinstimmung gibt, dann wird amerikanische Unterstützung auf direktem, unproblematischem Wege Verbesserungen bringen. Genau diese Überlegung war Grundlage der Politik von George W. Bush. Er gewährte Afghanistan und Pakistan Unterstützung, ohne nennenswerte Bedingungen daran zu knüpfen.

Doch wenn lokale Machthaber ihre Eigeninteressen über die der Bevölkerung stellen und die Bestechung lokaler Eliten einer echten wirtschaftlichen Entwicklung oder politischen Legitimität vorziehen, dann ist eine

Obama will Hilfeleistungen abziehen, wenn die Empfänger sich notwendiger Reformen verweigern

Unterstützung, die an keinerlei Bedingungen geknüpft ist, fehlgeleitet und dann wird die Legitimität

einer Regierung einem kurzfristigen persönlichen Nutzen geopfert. Hamid Karsai und Perez Muscharraf stehen beide in dem Ruf, Eigeninteressen den Vorrang zu geben (oder gegeben zu haben), während echte Legitimität erst an zweiter Stelle kommt.

Genau aus diesem Grund setzen sich Experten dafür ein, Hilfsleistungen grundsätzlich an Bedingungen zu knüpfen, die die Legitimität der jeweiligen Regierungen stärken und die Aufstandsbewegung schwächen. Obamas Regierung hat bereits angekündigt, „mehr Zuckerbrot“ mit „mehr

Peitsche“ zu kombinieren, indem sie ihre Unterstützung einstellt, sobald die Empfänger versäumen, notwendige Reformen auf den Weg zu bringen. Ohne Zweifel ist das ein entscheidender Schritt nach vorne.

Diejenigen Kräfte, deren Auftrag die Umsetzung der Doktrin zur Aufstandsbekämpfung ist, haben im Gegensatz zu ihren Vorgängern in der Vietnam-Ära dazugelernt – auch im Vergleich zu ihren unmittelbaren Vorgängern im Irak 2003/04. Im Bereich der Terrorismusbekämpfung hat sich das amerikanische Militär im Jahr 2009 eine außergewöhnliche Kompetenz angeeignet, weil es strengere Doktrinen mit umfassenden COIN-Erfahrungen verbindet und systematische Vorbereitungsmaßnahmen mit Ressourcen, die alle vorherige Ressourcenaufgebote winzig erscheinen lassen. Zwar gibt es noch Spielraum, um die amerikanische COIN-Strategie weiterhin zu verbessern, doch wir sind bereits weitaus kompetenter auf diesem Gebiet als es beispielsweise die Sowjets in den achtziger Jahren waren und als es heutzutage andere große Mächte sind.

Am wichtigsten ist für uns jedoch folgende Tatsache: Wir haben es in Afghanistan mit einem Gegner zu tun, der einige wesentliche Schwächen aufweist. Die Afghanen erinnern sich daran, wie ihr Alltag unter der Taliban-Herrschaft ausgesehen hat, und nur die Allerwenigsten wünschen sich diesen mittelalterlichen Gottesstaat zurück. Natürlich sind derartige Präferenzen zweitrangig; für die Bevölkerung sind Sicherheit und grundlegende Strukturen, wie zum Beispiel rechtsstaatliche Gerichte und eine korruptionsfreie Polizei,

Bild nur in Printausgabe verfügbar

© Chappatte in „International Herald Tribune“

oberste Priorität. Doch da sich der Großteil der afghanischen Bevölkerung gegen eine Rückkehr des Taliban-Regimes ausspricht, genießt die afghanische Regierung starken Rückhalt, solange sie in der Lage ist, diese grundlegenden Strukturen für ihre Bevölkerung aufzubauen.

Von einer geeinten Opposition sind die Taliban weit entfernt. Ein Vergleich mit dem Vietnam-Krieg der sechziger Jahre mag hier helfen: Die Vietcong waren eine Bewegung, deren gemeinsame Ideologie die Führungsriege einte und eng an ihre Guerillakämpfer band. Dagegen sind die Taliban im Jahr 2009 eine zutiefst gespaltene Koalition, in der es zahlreiche Brüche und unabhängige Akteure gibt. Zwar existiert ein harter Kern von islamistischen Ideologen rund um Mullah Omar mit Sitz in Quetta. Ein Großteil der derzeitigen Kampfkraft der Taliban jedoch beruht auf einer großen Anzahl von Stammesfürsten und anderen Gruppierungen, die nur

aus Gründen des Profits, des Prestiges oder weil es ihnen sonst irgendwie nützt mit den Taliban kooperieren. Je nach Lage ist es durchaus möglich, dass sie überhaupt nicht dazu aufgelegt sind, irgendwelchen Anweisungen aus Quetta Folge zu leisten.

Wir beklagen uns oft über die Schwierigkeiten, die sich aus einer unklaren NATO-Befehlsstruktur ergeben; doch die Taliban haben auf diesem Gebiet mit mindestens ebenso großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Dabei würde ganz sicherlich kein NATO-Mitgliedsstaat jemals die Seiten wechseln und für die Taliban kämpfen; bei den Taliban gibt es aber sehr wohl Untergruppierungen, die sich unter Umständen abspalten würden, um sich auf die Regierungsseite zu schlagen. Das erschwert es den Taliban, großangelegte Offensiven durchzuführen, etwa um besetzte Städte zurückzuerobern.

Hinzu kommt, dass die Möglichkeiten der Taliban begrenzt sind, ihre

Bild nur in Printausgabe verfügbar

US-Soldaten und afghanische Polizisten patrouillieren durch die Straßen von Kabul. Idealerweise würden in Afghanistan 650 000 ausgebildete Soldaten und Polizisten benötigt

Einflusssphäre über ihre ethnische Basis im südlichen und östlichen Afghanistan hinaus zu erweitern. Die Taliban sind eine Paschtunen-Bewegung, doch Paschtunen machen lediglich 45 Prozent der afghanischen Gesamtbevölkerung aus und bilden im Norden und Westen lediglich einen kleinen Bruchteil der Bevölkerung.⁵ In jenen Regionen können die Taliban nur auf wenige Anhänger zählen. Und auch wenn der Afghanistan-Krieg hauptsächlich ein ideologischer und kein ethnischer Konflikt ist (die Regierung Karsai setzt sich zum Beispiel größtenteils aus Paschtunen zusammen), erschwert ihre regional begrenzte ethnische Basis den Taliban die Eroberung des Nordens und Westens.

Berücksichtigt man all diese Argumente, dann scheint es, als neige sich

die Waage in Richtung der Befürworter eines Abzugs. Denn der potenzielle Gewinn eines Einsatzes ist nicht unbegrenzt hoch, die Kosten sind es dagegen wohl; darüber hinaus gibt es keine Garantie, dass ein äußerst kostspieliger COIN-Einsatz in Afghanistan erfolgreich sein wird. Bedenken wir unsere Stärken und die Schwächen unserer Gegner, so ist ein Erfolg dennoch möglich. Überdies könnte ein Scheitern in Afghanistan schwerwiegende Konsequenzen für die Sicherheit der USA nach sich ziehen.

Fatale Kettenreaktion

Solange die Amerikaner die afghanische Regierung mit einem großen westlichen Truppenaufgebot unterstützen, ist es für die Taliban kaum möglich, die Regierung in Kabul zu stürzen. Doch ohne diese westlichen

⁵ Daher haben die Taliban, auch in ihrer ersten Amtszeit, niemals den Norden komplett sichern können. Tatsächlich war es der Einfluss der unbesetzten Nördlichen Allianz auf die angrenzenden Gebiete in diesem Teil Afghanistans, der den Verbündeten eine Ausgangsbasis für amerikanische Spezialeinheiten lieferte, die letztendlich die Taliban 2001 gestürzt haben.

Truppen böte der afghanische Staat ein weitaus einfacheres Ziel für die Taliban. Trotz Unterstützung durch mehr als 50 000 westliche Militärkräfte hat die Regierung Karsai bewiesen, dass sie nicht in der Lage ist, den Einfluss der Taliban zurückzudrängen und Aufständische vom Ausbau ihrer Machtbasis abzuhalten. Überließe man die Regierung ihrem Schicksal, erginge es ihr noch schlechter. Auch wäre eine derart im Stich gelassene Regierung Karsai kaum in der Position, ein Friedensabkommen mit den Taliban auszuhandeln, das den Taliban einen politischen Einfluss gänzlich versagen könnte. Läge der Sieg in Reichweite, ist schwer einzusehen, warum die Taliban sich mit weniger als der vollständigen Wiederherstellung ihrer Macht zufriedengeben sollten.

Erringen die Taliban wieder die Macht, würde Al-Kaida ohne Zweifel in Afghanistan eine neue Basis gewährt, von der aus sie Angriffe auf die USA planen und durchführen könnte. Und selbst wenn ein Taliban-Regimes dies nicht erlauben sollte, würde es ganz sicherlich den militanten Paschtunen und deren Verbündeten in Pakistan genügend Schutz bieten, um das Regime in Islamabad zu destabilisieren. Natürlich wäre es diesen Kräften auch ohne die Unterstützung Afghanistans möglich, die pakistanische Regierung zu Fall zu bringen. Sehr viel leichter ließe sich das allerdings mit der notwendigen militärischen Unterstützung aus den Nachbargebieten bewerkstelligen. Das erhöht natürlich auch die Wahrscheinlichkeit, dass Atomwaffen in die Hände von Al-Kaida geraten könnten.

Diese Gefahr allerdings sollten wir auch nicht überschätzen, würde doch

ein Truppenabzug der Amerikaner nicht automatisch eine nuklear bewaffnete Al-Kaida nach sich ziehen. Dafür wäre schon eine ganze Kettenreaktion erforderlich: Die Taliban müssten in Kabul wieder die Macht erringen, in Pakistan müsste die säkulare Regierung stürzen und damit die Macht über die Atomwaffen verlieren (oder Sympathisanten der Taliban müssten ihnen mit Absicht Atomwaffen zukommen lassen). Dass all diese Ereignisse tatsächlich eintreten, ist alles andere als ausgemacht und auch nicht besonders wahrscheinlich. Ganz gewiss hingegen ist, dass sich der Gang der Dinge viel eher in diese Richtung entwickeln würde, wenn wir tatsächlich unsere Truppen zurückziehen würden – und dass wir dann mit enormen Auswirkungen auf die Sicherheit der USA zu rechnen hätten.

Während des Kalten Krieges haben die Vereinigten Staaten keine Kosten und Mühen gescheut, um das ohnehin schon geringe Risiko eines Atomangriffs durch die UdSSR auf Amerika noch zu verringern. Wir müssen nicht notwendig davon ausgehen, dass wir mit einem Abzug unserer Truppen aus Afghanistan eine nuklear bewaffnete Al-Kaida im Nachbarland Pakistan vorfinden könnten. Aber es ist ein Risiko, das wir bereits in der Vergangenheit als inakzeptabel bezeichnet haben – und an dieser Einschätzung sollte sich auch weiterhin nichts ändern. Die Risiken, mit denen wir es bei einem Abzug zu tun hätten, wegen jedenfalls so schwer, dass wir ein Verbleiben in Afghanistan mit all den

Es wäre inakzeptabel, dass mit einem US-Abzug eine nuklear bewaffnete Al-Kaida in Pakistan entsteht

damit verbundenen Kosten getrost als kleineres Übel betrachten können.

US-Politik und Afghanistan

In seinem Wahlkampf hat Präsident Obama versprochen, sich weniger auf den Irak und dafür mehr auf Afghanistan konzentrieren zu wollen. Das hat ihm wenig Widerspruch eingebracht. Der gemäßigte Flügel der Demokraten befürchtete, sie könnten dem republikanischen Kandidaten John McCain die Präsidentschaft gewissermaßen auf dem Silbertablett servieren, wenn sie Obama die Gefolgschaft versagten. Die Republikaner hingegen betrachteten beide Kriege als Teil des republikanischen Erbes. Kritik galt als unerwünscht und kontraproduktiv.

Inzwischen haben sich die politischen Bedingungen grundsätzlich geändert. Die Regierung Obama formulierte ihre eigene Afghanistan-Politik, indem sie auf die Erhöhung der Truppenstärke verwies, während die Bush-Regierung doch reichlich wenig in

Sachen Aufstands-
bekämpfung un-
ternommen habe.
Die neue Strategie
für den Afghanis-
tan-Krieg wird

Die Bewegung gegen den
Afghanistan-Krieg wird mit
steigenden Opferzahlen
immer größer werden

nun eindeutig von einer demokratischen Regierung geprägt, weshalb sich die Republikaner ihrerseits in die Lage versetzt sehen, diese Kriegsführung offen kritisieren zu können. Die Demokratische Linke wiederum zeigt sich jetzt schon unzufrieden über die „Politik der Mitte“, die Obama angeblich betreibt. Die Truppenverstärkung für Afghanistan ist für sie nur ein weiteres Zeichen, dass Obama eben nicht die progressive Politik betreibt, die sie von ihm erwartet hatten.

Die amerikanische Öffentlichkeit, deren Hauptaugenmerk während der vergangenen sechs Jahre dem Irak-Krieg galt, wendet sich nun wieder verstärkt den Geschehnissen in Afghanistan zu. Und dass diese alles andere als erfreulich sind, spiegelt sich schon jetzt in den Umfragen wider. Laut Gallup-Umfragen vom 2009 war die Anzahl derer, die es für falsch hielten, überhaupt Truppen nach Afghanistan zu schicken, von sechs Prozent im Januar 2002 auf 30 Prozent im Februar und ganze 42 Prozent im März 2009 gestiegen.

Bis jetzt unterstützt die Öffentlichkeit noch den Krieg und die Politik der Obama-Regierung: Laut einer Gallup-Studie vom Februar dieses Jahres befürworteten 65 Prozent der Befragten die Entsendung von 17 000 zusätzlichen Soldaten nach Afghanistan, und nur 17 Prozent würden einen totalen Abzug unterstützen. Allerdings ist diese Unterstützung äußerst fragil. In der Tat entwickelt sich gerade eine Bewegung gegen den Krieg in Afghanistan, der sowohl Republikaner wie Demokraten angehören und wenn wir irgendetwas aus der Geschichte lernen können, dann dieses: Steigt die Anzahl der Todesopfer, so wird auch diese Bewegung an Einfluss gewinnen.

Eine Debatte über den Afghanistan-Krieg, die sich derzeit entwickelt, dürfte kaum mit der gleichen Schärfe geführt werden wie die Auseinandersetzungen über den Irak-Krieg. Und dennoch könnte sie Obama größere Schwierigkeiten bereiten als die heftige Kritik, die George W. Bush wegen des Feldzugs im Irak einzustecken hatte. Bush war in der Lage, die Basis seiner Partei auf seine Politik einzu-

Bild nur in Printausgabe verfügbar

© picture-alliance / landov / bloomberg

schwören und diese umstrittene Entscheidung dennoch durch den Kongress zu bringen, indem er erst einmal Einigkeit unter den Republikaner herstellen konnte und dabei die Demokraten im Kongress zwang, sich auf eine eigene Irak-Strategie zu einigen oder dem republikanischen Konzept zuzustimmen. Die Demokraten entschieden sich für letzteres und gaben Präsident Bush die Freiheit, die Art Krieg zu führen, die er für sinnvoll erachtete.

Im Gegensatz hierzu hat es Obama mit einer Partei zu tun, die bereits jetzt schon heftig über die Afghanistan-Frage streitet. Wegen der zahlreichen Krisen, die er zu bewältigen hat, muss er bereits auf vielen anderen Gebieten reichlich politisches Kapital aufwenden, um die nötige Unterstützung zu sichern. Bislang zeigten die Republikaner wenig Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Das neue Afghanistan-Konzept der Regierung ermöglicht es ihnen, sich als Opposition zurück-

zulehnen und darauf zu warten, dass sich die Lage in Afghanistan verschlechtert. Eine überparteiliche Antikriegskoalition könnte genau die Unterstützung jenseits der Parteigrenzen verhindern, die Obama braucht, um einen Krieg zu finanzieren, der immer stärker an Unterstützung in der Öffentlichkeit verliert.

Diese Probleme werden sich gewiss nicht verflüchtigen, sondern im Gegenteil immer drängender werden. Sollten die US-Streitkräfte bald eine Wende zum Besseren in Afghanistan herbeiführen können, würde die politische Opposition in den Vereinigten Staaten ebenso verstummen wie die zum Irak-Krieg während der Jahre 2006/07. Sollte der Krieg genauso lang und beschwerlich sein wie alle anderen Kriege gegen Aufständische auch, dann braucht er Unterstützer, die in den nächsten Jahren einem ständig wachsenden Budget zustimmen, will man diesen Krieg erfolgreich zu Ende führen. Und das ange-

Obama trifft den afghanischen Präsidenten Hamid Karsai und den pakistanischen Präsidenten Asif Ali Zardari in Washington. Das Chaos in Afghanistan gefährdet die Stabilität Pakistans

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Amerikaner demonstrieren 2004 in New York gegen die Kriege in Afghanistan und im Irak: Angesichts steigender Opferzahlen kippt die Stimmung in der Bevölkerung

sichts steigender Opferzahlen und eines Budgets, das angesichts der Finanzkrise nicht knapper und belasteter sein könnte. Eine langsame, aber sichere Erosion der Unterstützung für diesen Krieg wäre alles andere als unwahrscheinlich. Kriege gegen Aufständische führen erfahrungsgemäß erst einmal zu einem absoluten Tiefpunkt, bevor es dann wieder aufwärts geht.

Selbst wenn Sinn und Ziel dieses Krieges völlig offensichtlich wären, wäre es unter den genannten Umständen dennoch schwer, eine langfristige Unterstützung im Kongress über Parteigrenzen hinweg aufrechtzuerhalten. Aber ein Krieg, dessen Aufwendungen den Spielraum, der erstrebenswert wäre, übersteigen, erschwert die ganze Situation erheblich, besonders für eine Regierung, die versucht, im Hinblick auf die Erfolge keine überzogenen Erwartungen zu wecken. Überdies gibt es nicht einmal eine kausale Begründung, die das

stärkste Argument für den Krieg untermauern würde: Die Verbindung zwischen Al-Kaida und Afghanistan existiert, aber eben nicht direkt. Osama Bin Laden befindet sich vermutlich in Pakistan. Und der strategische Nutzen Afghanistans liegt hauptsächlich in seinem Einfluss auf die Nachbarländer und -regionen. Um den US-Einsatz ehrlich und realistisch einschätzen zu können, ist Bescheidenheit ebenso erforderlich wie eine beständige öffentliche Erläuterung ungewöhnlich komplexer Verzahnungen, die in dieser Region und für die amerikanische Afghanistan-Strategie eine Rolle spielen. Für Regierungschefs ist eine solche Ausgangslage ein Albtraum. Für Redenschreiber eine der größten Herausforderungen.

Ein Rückzug würde es Obama aber auch nicht leichter machen. Es wäre der falsche Kurs in dieser Angelegenheit. Die Obama-Regierung würde sich an einer Minderheit orientieren,

die derzeit nur 17 Prozent ausmacht. Die Republikaner würden diesen Abzug als Zeichen der Schwäche der Demokraten in Sicherheitsfragen sehen und könnten somit ungehindert eine Attacke gegen den angeblichen „linken Radikalismus“ führen – womit sich wiederum Demokraten, die der Mitte zuzurechnen wären abwenden könnten und Obama damit Stimmen und Unterstützer verlöre, die er zur Lösung zahlreicher anderer politischer Probleme bräuchte.

Wie sehr sich auch die Lage trotz einer Truppenverstärkung verschlechtern sollte: Zögen sich die USA aus Afghanistan zurück, würde der Sturz Karsais vermutlich auf den Fuß folgen. Die amerikanische Öffentlichkeit dürfte auf ihren Bildschirmen dann wohl alpträumartige Bilder zu sehen bekommen.

Ein Truppenabzug würde auch die Zukunft der Demokraten aufs Spiel setzen – die Zukunft des Landes sei hier gar nicht erst erwähnt, in der Hoffnung, dass die schlimmstmöglichen Auswirkungen eines Abzugs und Zusammenbruchs sicher abgewandt werden können. Wenn sich die Amerikaner aus Afghanistan zurückziehen, die Regierung unter Karsai gestürzt wird, die Taliban einen Zufluchtsort in Afghanistan errichten, Pakistan kollabiert und deren Atomwaffen in die Hände Bin Ladens fallen, wäre die Entscheidung eines Rückzugs aus Afghanistan einer der größten außenpolitischen Fehler der Neuzeit. Unabhängig davon, wie wahrscheinlich diese Ereigniskette ist, so würden wir mit einem Truppenabzug einen solchen Verlauf doch zweifelsohne beschleunigen. Wir würden

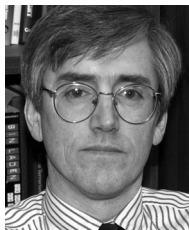
also ein ungeheures Risiko eingehen, zu dem wir gar nicht gezwungen wären, solange es noch möglich ist, die Dinge in Afghanistan zum Besseren zu wenden. Hier liegt das Dilemma begründet: Keine der beiden Optionen, zu bleiben oder zu gehen, ist politisch einfach oder bietet strategisch eine sichere Lösung.

Daher ist es immer noch besser, sich für einen teuren, riskanten, weitgehend unbeliebten Krieg zu entscheiden, und das mit einem Argument, das zwar solide ist, aber nicht unmittelbar einleuchtet

– und das sich vielleicht nur mit winzigem Vorsprung gegen andere Argumente durchsetzen kann. Diese Aufgabe obliegt einem

Präsidenten, dessen Partei sich in dieser Angelegenheit alles andere als einig ist und in der die Ablehnung gegen diesen Krieg wächst, und in einer Zeit, in der die Kassen immer knapper werden. Ohne Frage ist Obama ein extrem begabter Kommunikator und ganz sicher hat er die richtige Entscheidung getroffen. Und dennoch wird es in diesem Fall auch für ihn nicht einfach, sogar eine richtige Entscheidung richtig an den Mann zu bringen.

Ein Truppenabzug würde auch die Zukunft der Demokraten aufs Spiel setzen



STEPHEN BIDDLE ist Senior Fellow für Verteidigungspolitik am Council on Foreign Relations in New York.